Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 30. November 2009
Ausgabe 229

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› S-Bahn-Ausbau: OB Ude über CSU-Ratlosigkeit enttäuscht 4
› Medaille „München leuchtet" in Gold für Professor Peter Lilienthal 5
› München schließt sich Stockholmer Appell von „Eurocities" zum Klimaschutz an 6
› Tauchsporterlaubnis für Badesee Riem 7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 27. bis 29. November 8
› Vorweihnachtliche Konzerte der Sing- und Musikschule 8
› Führung durch die Ausstellung „Non plus ultra!" 9
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Analyse von Fehlern und Problemen anderer Olympiastädte 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **14**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Montag, 30. November, 16.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 200
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht Dr. Andreas Witko die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Diese hohe Auszeichnung des Bundespräsidenten erhält Dr. Witko für sein jahrelanges ehrenamtliches Engagement zugunsten der Völkerverständigung zwischen Deutschland und Polen.

Wiederholung
Dienstag, 1. Dezember, 10 Uhr, Kölner Platz
Spatenstich mit Bürgermeister Hep Monatzeder, den Geschäftsführern der Städtisches Klinikum München GmbH Franz Hafner und Reinhard Fuß sowie dem Klinikdirektor des Klinikums Schwabing, Manfred Kircher, für Umbau, Sanierung und Neubau am Klinikum Schwabing. Es werden im ersten Bauschritt die Sanierung von zwei Bettenhäusern und der Neubau von zwei Funktionsgebäuden begonnen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Dienstag, 1. Dezember, 11 Uhr, Rathaus, Zimmer 203
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht Birgit Poppert die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Bronze. Die Auszeichnung wird Poppert in Anerkennung ihres Engagements im Migrationsbereich verliehen.

Wiederholung
Dienstag, 1. Dezember, 11 Uhr, Hauptstelle der Stadtsparkasse München, Sparkassenstraße 2 (Konferenzbereich, 4. Stock)
Oberbürgermeister Christian Ude nimmt von Harald Strötgen, dem Vorstandsvorsitzenden der Stadtsparkasse München, einen Scheck in Höhe von 250.000 Euro für das Projekt „Sport für Alle Kinder" entgegen. Das Projekt, für das Oberbürgermeister Christian Ude die Schirmherrschaft übernommen hat, wurde vom Schul- und Kultusreferat/Sportamt im Juni 2009 gemeinsam mit dem „Adventskalender für gute Werke" der Süddeutschen Zeitung initiiert. Ziel der Initiative ist es, durch die Kostenübernahme von Mitgliedsbeiträgen auch Kindern aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit zu geben, in einem Verein Sport zu treiben. Weitere Informationen im Internet unter *www.sport-muenchen.de.*

Wiederholung
Dienstag, 1. Dezember, 14 Uhr, Schulzentrum Cincinnatistraße 63
Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner und Sozialreferent Friedrich Graffe eröffnen die Fachtagung „Münchner Schulabsolventen-Längsschnittstudie". Dr. Tilly Lex vom Deutschen Jugendinstitut stellt die Ergebnisse der Münchner Längsschnittuntersuchung vor.

Donnerstag, 3. Dezember, 12 Uhr, Isartalstraße 6
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Barbara Fischer im Namen der Stadt zum 102. Geburtstag.

Donnerstag, 3. Dezember, 15 Uhr, Kuglmüllerstraße 14
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Wilhelm Horkel im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Donnerstag, 3. Dezember, 16.30 Uhr, Franz-Sperr-Weg 3
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Ursula und Siegfried Fechter im Namen der Stadt zur Diamantenen Hochzeit.

Bürgerangelegenheiten

Montag, 7. Dezember, 19 Uhr, Hofbräukeller, Innere Wiener Straße 9
Außerordentliche Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 5 (Au - Haidhausen).
Thema der außerordentlichen Bürgerversammlung:
- Zweite S-Bahn-Stammstrecke/Südring – Stand der Planung für die 2. S-Bahn-Stammstrecke zwischen Isar und Ostbahnhof

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Montag, 7. Dezember, 19 Uhr,
Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, 4. Stock, Implerstraße 9
Sitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling).

Meldungen

S-Bahn-Ausbau: OB Ude über CSU-Ratlosigkeit enttäuscht
(30.11.2009) Nachdem das CSU-Spitzengespräch beim Ministerpräsidenten „offensichtlich ausging wie das Hornberger Schießen und in neu bekräftigter Ratlosigkeit endete", fordert Oberbürgermeister Christian Ude Staatsregierung und Landtagsmehrheit auf, „endlich die Verantwortung des Freistaates Bayern für das S-Bahn-System wahrzunehmen und die Fahrgäste nicht länger mit einer never ending story zu quälen. Man könne es der CSU, die jahrzehntelang für den Ausbau der S-Bahn allein verantwortlich war und jetzt diese Verantwortung mit einem kleineren Koalitionspartner teilt, nicht durchgehen lassen, „dass sie sich wie ein nörgelnder Wirtshausbesucher verhält, der an jeder Mahlzeit herummeckert, obwohl sie selber das Wirtshaus führt und in der Küche die Speisen zubereitet".
Ude erinnert daran, dass die CSU jahrelang den zweiten S-Bahn-Tunnel versprochen und geplant habe, ehe er plötzlich in Zweifel gezogen wurde. Dann habe die CSU selber eine Klärung durch ein Vergleichsgutachten gefordert, dessen Ergebnis jetzt wieder nicht akzeptiert werde. Selbst für Gutachten, die von der eigenen Staatsregierung in Auftrag gegeben werden, gelte offenbar der oberste Grundsatz: „Bei Nichtgefallen zurück".
Mit den Initiativen des Freistaats für den 2. S-Bahn-Tunnel und eine verbesserte Flughafenanbindung auf dem Ostkorridor liegen nach Ansicht der Münchner Stadtspitze überzeugende Lösungsvorschläge vor, die nach den Grundsätzen der standardisierten Bewertung auch wirtschaftlich sind und vom Bund bezuschusst werden können. Es wäre „verantwortungslos der gesamten Region München gegenüber, als orientierungslose Selbstfindungsgruppe weitere Zeit zu vertrödeln, statt alle Kraft auf die Lösung der Münchner Nahverkehrsprobleme zu konzentrieren", äußert Ude.
Zutreffend sei allerdings der Einwand vieler CSU-Mandatsträger, dass der Ausbau der S-Bahn auf dem Ostkorridor nicht an der Oberfläche realisiert werden könne, weil dies politisch und rechtlich kaum durchsetzbar sei.
Den CSU-Abgeordneten sei daher zuzustimmen, wenn sie für den Ostkorridor feststellen, dass ein Tunnel „kein Luxus", sondern eine unabweisbare Notwendigkeit sei. Auf der Grundlage dieser Einsicht müsse jetzt eine Tunnellösung in Angriff genommen werden. Bei der heutigen Referentenrunde

beauftragte OB Christian Ude Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, dem Freistaat bei den Verhandlungen auf Arbeitsebene eine Mitwirkung der Stadt an einer Tunnellösung und auch eine Kostenbeteiligung an einer Vorplanung mit Kostenermittlung in Aussicht zu stellen. Die Stadt habe bereits vor Jahren mit der wissenschaftlichen Untersuchung eines Münchner Airport-Expresses auf der Osttrasse wertvolle Vorarbeit geleistet, obwohl sie für die S-Bahn gar nicht zuständig sei.
Ude wörtlich: „Es ist kein sachlicher Grund ersichtlich, warum sich der schwarz-gelb regierte Freistaat mit der rot-grün regierten Stadt, die diese Lösung schon vor Jahren vorgeschlagen hat, nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen könnte."
Als „nicht hinnehmbar" bezeichnet es der Münchner Oberbürgermeister, dass die CSU weitere Zeit und vor allem weiteres Steuergeld in die Planungsvariante „Nordtunnel" stecken wolle, der mit 4 Milliarden Euro den größten Investitionsbedarf und das schlechteste Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweist und deshalb vom Bund nicht bezuschusst werden dürfe. „Dies ist keine städtische Aussage, sondern das Ergebnis des eigenen Gutachtens, das der Freistaat Bayern selber in Auftrag gegeben hat, mit dem Versprechen, es werde die endgültige Entscheidung des jahrelangen Diskussionsprozesses herbeiführen können."

Medaille „München leuchtet" in Gold für Professor Peter Lilienthal
(30.11.2009) Gleich in zweierlei Hinsicht konnte Oberbürgermeister Christian Ude den Filmemacher Professor Peter Lilienthal am Freitagabend im ARRI-Kino beglückwünschen – zum einen zum 80. Geburtstag, zum anderen zur Ehrung: Im Namen der Stadt überreichte der OB dem Jubilar die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Gold in Anerkennung seiner großen Verdienste als Drehbuchautor und Filmregisseur. Obwohl der Geehrte seit über einem halben Jahrhundert in Deutschland Filme drehe, ein beachtliches und bedeutendes filmisches Œuvre geschaffen habe und beispielsweise für seinen Film „David" von 1979 – einen der eindrucksvollsten Spielfilme über den Holocaust – den Goldenen Bären der Berliner Filmfestspiele erhielt, sei Lilienthal ein Außenseiter im deutschen Film geblieben, so Ude in seiner Laudatio. Ein Grund dafür sei, dass Lilienthal mit seinen Filmen gerade nicht den Mainstream bediene. Dabei erzähle er durchaus höchst dramatische Geschichten, sei es vor dem Hintergrund der politischen Katastrophen des gegenwärtigen und letzten Jahrhunderts oder im Angesicht alltäglicher Banalitäten. Doch ganz bewusst verzichte Lilienthal auf die filmische Dramatisierung, auf die auf Effekte aufbauende oder vordergründig auf Spannung gerichtete Erzählweise, auf Sentimentalität und damit auf jegliches konventionelle Kalkül. Durch sein

gesellschaftliches und filmpolitisches Engagement sei es Lilienthal gelungen, zu einem „wirklich authentischen Sprecher und Anwalt der Machtlosen und Erniedrigten, der Verfolgten und der Ermordeten zu werden", würdigte der OB das Werk des Drehbuchautors und Regisseurs. Dieses umfasst heute nahezu 50 Filme, angefangen 1958 mit dem Zeichentrickfilm „Studie 23" bis ins Jahr 2007 mit dem Dokumentarfilm „Camilo – Der lange Weg zum Ungehorsam" über den ersten US-Deserteur im zweiten Irak-Krieg. Dazwischen, so Ude, lägen so bemerkenswerte und mit zahllosen Preisen ausgezeichnete Produktionen wie das skurrile Märchen „Seraphine – oder die wundersame Geschichte der Tante Flora" von 1964 oder „Der Beginn" aus dem Jahr 1966, der einen Abend vor Lilienthals Geburtstag im Rahmen einer Hommage an den jüdisch-lateinamerikanisch-deutschen Filmemacher im Münchner Filmmuseum gezeigt worden war.
Lilienthal, der seinen Hauptwohnsitz seit 1982 in München hat, wurde in Berlin geboren. 1939 floh seine Mutter mit ihm vor den Nationalsozialisten nach Montevideo in Uruguay. 1954 kehrte Lilienthal nach Berlin zurück, um an der Hochschule für Bildende Künste Film zu studieren. Von 1959 bis 1964 war Lilienthal beim Südwestfunk in Baden-Baden tätig, zuerst als Regie- und Produktionsassistent, später als Regisseur. Danach arbeitete er als freier Regisseur vor allem für den Sender Freies Berlin. Nebenbei war Lilienthal als Dozent an der neu gegründeten Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin tätig. 1971 gründete er mit anderen Autorenfilmern des Neuen Deutschen Films den Münchner Filmverlag der Autoren. Ebenfalls in München gründete der Filmemacher 1974 zusammen mit Norbert Kückelmann die Produktionsgesellschaft FFAT (Film-Fernseh-Autoren-Team). Von 1985 bis 1996 war Lilienthal Direktor der Abteilung Film und Fernsehen an der Akademie der Künste in Berlin. Neben seinen laufenden Projekten engagiert sich der 80-Jährige heute in München an der Hochschule für Fernsehen und Film und für den Treffpunkt Filmkultur im ARRI-Kino im Rahmen von Workshops.
Lilienthals Produktionen wurden unter anderem mit dem Fernsehfilmpreis, dem Deutschen Filmpreis, dem Goldenen Bären, dem Adolf-Grimme-Preis und dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet.

München schließt sich Stockholmer Appell von „Eurocities" zum Klimaschutz an

(30.11.2009) München schließt sich dem Appell des europäischen Städtenetzwerks „Eurocities" für eine nachhaltige Umweltpolitik an, der an die 15. UN-Klimakonferenz in Kopenhagen gerichtet ist. „Eurocities", dem die größten europäischen Städte angehören, rief auf seiner Jahrestagung in Stockholm zusammen mit Bürgermeistern der Vereinigten Staaten von

Amerika (The United States Conference Of Mayors) dazu auf, die Kommunen als wichtige Akteure im Kampf gegen den Klimawandel wahrzunehmen und sie entsprechend mit Kompetenzen und Finanzen auszustatten. Der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter erklärte in Stockholm: „Die Rolle der Städte beim Kampf gegen den Klimawandel ist herausragend. Bereits jetzt lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. In 30 Jahren werden es bereits zwei Drittel beziehungsweise sechs Milliarden Menschen sein. Wir sind nach Stockholm gekommen, weil für erfolgreiche Lösungen der kommenden Herausforderungen alle Städte zusammenwirken müssen. München kann in diesem Netzwerk bereits einige Projekte als Beispiele für eine nachhaltige Politik anbieten: Von Projekten wie Ökoprofit und Betrieblichem Mobilitätsmanagement bis zur Solardach-Initiative, dem Thema Elektromobiliät und unserem Ziel, bis 2025 alle Münchner Kunden mit Ökostrom zu versorgen. München ist davon überzeugt, dass sich erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und verantwortliche, nachhaltige Politik für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gewinnbringend vereinbaren lassen."
Unter der Leitung von Dieter Reiter reiste vom 25. bis 27. November eine Delegation des Münchner Stadtrats zur Jahrestagung des europäischen Städtenetzwerks „Eurocities" nach Stockholm. Mitglieder der Delegation waren die Stadtratsmitglieder Claudia Tausend, Dr. Inci Sieber und Andreas Lotte (SPD), Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen), Mario Schmidbauer und Georg Schlagbauer (CSU) sowie Gabriele Neff (FDP).

Tauchsporterlaubnis für Badesee Riem

(30.11.2009) Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat das Tauchen mit Atemgeräten für einen Teilbereich des Riemer Badesees ab 1. März 2010 freigegeben. Tauchsportlerinnen und Tauchsportler haben somit künftig auch im Osten der Stadt die Möglichkeit, ihren Sport auszuüben. In Absprache mit den Tauchsportverbänden und dem Bezirksausschuss Trudering - Riem konnte eine Regelung gefunden werden, die sowohl den Interessen des Naturschutzes wie denen der Tauchsportler als auch den zahlreichen Badegästen im Sommer Rechnung trägt. Das Tauchen ist künftig vom 1. März bis 15. Mai sowie vom 15. September bis 30. November in einem Teilbereich des Badesees zulässig. Um entsprechende Erfahrungen zu sammeln, wurden die Regelungen zunächst auf zwei Jahre befristet. Die entsprechende Allgemeinverfügung des Referats für Gesundheit und Umwelt wird im Amtsblatt der Stadt heute veröffentlicht. Die näheren Einzelheiten können unter *www.muenchen.de/rgu* abgerufen werden.

Die Allgemeinverfügung für das Tauchen mit Atemgeräten im Langwieder See ist nach zweijähriger Erprobungsphase am 31. Oktober ausgelaufen. Das Referat für Gesundheit und Umwelt führt derzeit Gespräche mit allen Beteiligten, mit dem Ziel, das Tauchen auch im nächsten Jahr dort wieder zu ermöglich.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 27. bis 29. November

(30.11.2009) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Freitag, 27. November:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 35.689,03 Euro

Samstag, 28. November:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 35.689,03 Euro

Sonntag, 29. November:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 35.689,03 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 22
Bisherige Einsatztage: 10
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2009/2010: ***1.050.675,07 Euro***

Vorweihnachtliche Konzerte der Sing- und Musikschule

(30.11.2009) Die Städtische Sing- und Musikschule lädt im Dezember zu folgenden vorweihnachtlichen Konzerten ein:

- Am Mittwoch, 2. Dezember, findet um 19.30 Uhr im Festsaal an der Neuberghauser Straße 11 unter der Leitung von Hans Peter Pairott ein Konzert der „Studienvorbereitenden Abteilung" der Städtischen Sing- und Musikschule statt. Schülerinnen und Schüler Fachbereichs spielen unter anderem Werke von Johann Sebastian Bach, Ludwig van Beethoven, Frédéric Chopin, Antonin Dvorak und Francis Poulenc.

- Unter dem Motto „Jazz im Advent" findet am Donnerstag, 3. Dezember, unter der Leitung von Wolfgang Kohl um 19.45 Uhr im Festsaal in der Neuberghauser Straße 11 ein Konzert statt. Schülerinnen und Schüler der Städtischen Sing- und Musikschule spielen „Adventsmusik einmal anders".
- Am Freitag, 4. Dezember, lädt die Städtische Sing- und Musikschule um 15 Uhr zur „Adventsmusik im Dom" ein. Es singen und spielen unter der Leitung von Hans Peter Pairott Solistinnen und Solisten, Chöre und Ensembles im Dom zu Unserer Lieben Frau.
- Zum „Fürstenrieder Advent" lädt die Städtische Sing- und Musikschule am Dienstag, 8. Dezember um 18.30 Uhr unter der Leitung von Karl-Wilhelm Agatsy in Zusammenarbeit mit Kultur & Mehr, Bezirksausschuss 19 und Kulturreferat in den Bürgersaal Fürstenried-Ost, Züricher Straße 35, ein. Chöre, Ensembles, Solistinnen und Solisten spielen adventliche Weisen.
- Am Donnerstag, 17. Dezember, findet um 19.30 Uhr ein „KLA-WIR-Konzert" im Festsaal in der Neuberghauser Straße 11 statt. Schülerinnen und Schüler der Städtischen Sing- und Musikschule spielen unter der Leitung von Karin Renner-Kiese Kammermusik mit Klavier unter anderem von Ludwig van Beethoven, Eugène Bozza, Johann Nepomuk Hummel, Wolfgang Amadeus Mozart und Francis Poulenc.
- Unter dem Motto „Giesinger Advent" singen und spielen junge Schülerinnen und Schüler, Chöre, Solistinnen und Solisten der Städtischen Sing- und Musikschule am Freitag, 18. Dezember, um 18.30 Uhr unter der Leitung von Maria Schaffenroth vorweihnachtliche Musik im Anton-Fingerle-Bildungszentrum, Aula, Schlierseestraße 47.

Für alle Veranstaltungen ist der Eintritt frei.

Führung durch die Ausstellung „Non plus ultra!"

(30.11.2009) Antonia Voit führt am Donnerstag, 3. Dezember, um 15.30 Uhr durch die Ausstellung „Non plus ultra! Circus. Kunst. München" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Wie ist der moderne Circus entstanden? Warum hat die Manege überall auf der Welt einen Durchmesser von 13 Metern? Von München ausgehend informiert die Ausstellung über die Geschichte des Circus, erzählt von Kunstreitern, Tierlehrern und Clowns und zeigt auf, wie sich der Circus Krone von einer Wandermenagerie zum großen Zirkusunternehmen entwickelt hat. Treffpunkt ist im Foyer. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 30. November 2009

Analyse von Fehlern und Problemen anderer Olympiastädte
Anfrage Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei) vom 12.11.2009

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Auf Ihre Anfrage vom 12. November 2009 nehme ich Bezug;
In Ihrer Anfrage „Analyse von Fehlern und Problemen anderer Olympiastädte" haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: Die Vollversammlung des Münchner Stadtrats hat am 11. November 2009 die Eckdaten für das erste Bewerbungsdokument (Mini Bid Book) beschlossen. Diese gehen davon aus, dass die angestrebten Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 in München kostendeckend zu organisieren sind.

Sie nennen finanzielle Probleme der Olympiastädte Sotchi, Turin, Vancouver und Lillehammer und stellen dazu folgende Fragen:

Frage 1:
Wurde mit diesen oder anderen Austragungsstädten Kontakt aufgenommen oder wurden auf andere Weise die von diesen gemachten Fehler oder die entstanden Problem analysiert?

Frage 2:
Falls ja, welche Erkenntnisse konnten daraus gewonnen werden? Wie wurden oder werden diese beim Münchner Olympiakonzept umgesetzt?

Antwort:
Zu den Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:
Zur Vorbereitung der Bewerbung und insbesondere für die Erarbeitung der vom IOC geforderten Bewerbungsunterlagen haben der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), die Landeshauptstadt München, der Freistaat Bayern, die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen und der Landkreis Berchtesgadener Land die Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH gegründet.

Die Bewerbungsgesellschaft nimmt zu Ihren Fragen wie folgt Stellung:

„Die Gesellschafter der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH sowie die Gesellschaft selbst gehen davon aus, dass die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 kostendeckend zu organisieren sind.

Diese Annahme bezieht sich auf das OCOG-Budget (= Veranstaltungs-Budget), welches die laufenden Einnahmen und Ausgaben der unmittelbaren Planung und Organisation der Spiele umfasst.

Das so genannte Non-OCOG Budget ist vom OCOG-Budget abgegrenzt und bildet olympiarelevante und nachhaltig genutzte Investitionen, die nicht unmittelbar mit der Veranstaltung der Spiele verbunden sind, wie Infrastrukturmaßnahmen, langfristig nutzbare Sportstätten aber auch Kosten im Bereich Medizin, Transport und Sicherheit ab. Die Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen (Non-OCOG Budget) werden bei Olympischen Spielen durch einen Mix von öffentlichen und privaten Mitteln finanziert.

Das IOC weist explizit darauf hin, dass das OCOG-Budget und das Non-OCOG Budget zwei eindeutig verschiedene Budgets sind.

Der zitierte Zeitungsartikel des Wirtschaftsblattes vom 02.08.2009 bezieht sich auf die notwendigen Infrastrukturkosten in Sotchi und folglich auf das Non-OCOG Budget. Als Sotchi in 2007 als Austragungsstadt der Olympischen Winterspiele 2014 gewählt wurde, existierten in dem Badeort am Schwarzen Meer noch keinerlei Sportanlagen. Dies ist mit der Situation in München nicht vergleichbar. Aussagen inwiefern das OCOG-Budget von Sotchi nach oben oder unten korrigiert wird, lassen sich zum heutigen Zeitpunkt, mehr als vier Jahre vor den Spielen, nicht treffen. Jedoch konnte das Organisationskomitee bereits 750 Mio. US Dollar an Erlösen im Bereich Sponsoring sichern. Dies entspricht rund der Summe, mit der Vancouver 2010 plant.
Der am 26. Oktober 2009 veröffentlichte und geprüfte Geschäftsjahresabschluss des Organisationskomitees von Vancouver (VANOC) zeigt, dass Vancouver auf dem richtigen Weg für ein ausgeglichenes OCOG-Budget ist. Auch der offizielle Bericht (Official Report) von Turin 2006 weist für das operative Budget (OCOG Budget) ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Im Falle von Lillehammer 1994 werden in dem Artikel (Vgl. Fußnote 5) OCOG- und Non-OCOG-Budget nicht klar voneinander abgegrenzt.

Die Bewerbungsgesellschaft und die beauftragte Firma Deloitte haben regelmäßigen und engen Kontakt zu Verantwortlichen der aktuellen Olympi-

schen Spiele von Vancouver 2010 und London 2012 sowie zu denen anderer Großsportveranstaltungen. Auf deren Erfahrungen stützt sich die Bewerbungsgesellschaft. Sie fließen in die Analysen und Planungen Münchens ein. Es wurden im Rahmen einer umfangreichen Grundlagenanalyse die Daten der vergangenen und derzeit in Planung befindlichen Olympischen Spiele recherchiert (u.a. Final Reports, Bewerbungsunterlagen, Auswertungen des IOCs) und bei der ersten Schätzung des OCOG-Budgets berücksichtigt. In der weiteren Detailplanung werden diese Informationen zur Plausibilisierung der Budgetansätze verwendet.

Konkret bedeutet das, dass bereits in der Bewerbungsphase sehr genaue und fundierte Kostenschätzungen aufgestellt werden, die einer laufenden Kontrolle unterliegen. Die Aufgabe von Deloitte, das als weltweit agierendes Unternehmen bereits mehrfach in Projekten des olympischen Umfeldes tätig war, ist es Finanzierungspläne in Abstimmung mit den jeweiligen Fachexperten zu erstellen und diese zu plausibilisieren. Die Fachexperten treffen in sog. Fachkommissionen zusammen, um Maßnahmen und die dazugehörigen Budgetansätze zu verifizieren. Darüber hinaus wird versucht, soweit wie möglich in Szenarien zu planen, die für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 denkbar sind. Auf diese Weise können Schwankungsgrößen wie das Währungsrisiko, Finanzierungsmodalitäten etc. durch entsprechende Maßnahmen abgefedert werden.

Neben den rein zahlenmäßigen Kalkulationen und Analysen hat die Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH die Möglichkeit im Rahmen des sog. Observer Programs mit dem Organisationskomitee in Vancouver in Kontakt zu treten und deren Erfahrungen zu teilen.
Hiervon wird in jedem Fall Gebrauch gemacht, um kritische Budgetgrößen erkennen zu können und zu lernen, inwieweit Budgetschwächen verhindert werden können.

Auch das Internationale Olympische Komitee ist bestrebt, die im Rahmen der sog. „Games Study Commission" erzielten Erfahrungen aus vergangenen Spielen in die Bewerbungsprozesse einzubringen.

Darüber hinaus existiert das Olympic Games Knowledge System (OGKS), über das Informationen transportiert werden und auf das die Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH Zugriff hat."

Es ist mir und allen weiteren Gesellschaftern der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH ein besonderes Anliegen, seriös geschätzte Budgets für die angestrebten Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 vorzulegen. Dass die genannten Beträge zum jetzigen Zeitpunkt nur grobe Kostenschätzungen darstellen können, habe ich in der Vollversammlung vom 11. November 2009 deutlich zum Ausdruck gebracht.
Vor diesem Hintergrund halte ich bei der weiteren Konkretisierung des Konzeptes und des finanziellen Aufwandes eine sorgfältige Analyse bisher gemachter Erfahrungen in anderen Austragungsstädten für sehr wichtig. Wie die Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH dargestellt hat, wird diese Analyse bereits vorgenommen und damit wird dem Punkt aus meiner Sicht voll umfänglich Rechnung getragen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 30. November 2009

Öffentliche Vorstellung von Referenten
Antrag Stadtrat Thomas Hummel (Bayernpartei)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Thomas Hummel

Stadtrat in München

Rathaus, Zimmer 174

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

27. November 2009

<u>Antrag:</u> Öffentliche Vorstellung von Referenten

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

> In § 46 Abs. 2 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrats werden die Worte „ausgenommen die Vorstellungsrunden der berufsmäßigen Stadträte" angefügt.

Begründung:

Nach der Bayerischen Gemeindeordnung tagt der Gemeinderat öffentlich, „soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche einzelner entgegenstehen" (Art. 53 Abs. 2 Satz 1 GO). § 46 der Geschäftsordnung des Münchner Stadtrats wiederholt diese Regelung in Abs. 1 und führt in Abs. 2 eine Reihe von Angelegenheiten an, die dementsprechend Nichtöffentlichkeit zur Folge haben. Zu den „Personalangelegenheiten in Einzelfällen" gehören auch die Vorstellungsrunden der berufsmäßigen Stadträte (Referenten) in den jeweiligen Fachausschüssen des Stadtrats.

Dies führt dazu, dass sich die Öffentlichkeit regelmäßig kein Bild von den zur Wahl stehenden Personen und deren Qualifikationen machen kann. Gleichzeitig ist die Neubesetzung der Referentenposten aber ein wichtiges und oftmals umstrittenes Thema, das auch in den Medien ausgiebig behandelt wird.[1]

Aus diesem Grund wäre eine von Anfang an transparente Gestaltung des Auswahlverfahrens wünschenswert. Die Vorstellungsrunden sollten somit in öffentliche Ausschuss-Sitzungen verlegt werden.

---

1 Bspw. http://www.sueddeutsche.de/P5o38m/3155179/Gruene-und-SPD-streiten-um-Schulreferenten.html = http://bit.ly/7fPKWn, http://www.abendzeitung.de/muenchen/148552 = http://bit.ly/6D2GaX, http://nachrichten-muenchen.de/index.html?art=4821 = http://bit.ly/6QfQDE.

Der Datenschutz ist freilich zu berücksichtigen, kann in diesem Fall jedoch die Nichtöffentlichkeit nicht begründen: Zu den Informationen, die über die Kandidaten bekanntwerden, gehören lediglich triviale Fakten wie das Geburtsdatum und der Geburtsort, Angaben zu Schulbesuch und Ausbildung, absolvierte Abschlüsse sowie die bisherige Karriere. Das Bekanntwerden dieser Daten kann einer Person, die sich um ein im Fokus der Öffentlichkeit stehendes kommunales Amt bewirbt, durchaus zugemutet werden; daher sind keine „berechtigten Ansprüche" auf Nichtöffentlichkeit ersichtlich. Angebracht wäre es allerdings, bereits in der Ausschreibung der Stelle oder spätestens in der Einladung zur Vorstellungsrunde auf diesen Modus hinzuweisen.

Sensiblere private Informationen, die bisher Teil der Unterlagen über die Bewerber sind, vor allem die genaue Wohnadresse, Familienstand, die Zahl der Kinder oder auch die Religionszugehörigkeit, können dagegen zukünftig weggelassen werden, zumal sich hieraus in aller Regel kein Erkenntnisgewinn ergibt.

Dagegen soll (und muss) bei „normalen" Einstellungen für den allgemeinen Verwaltungsbetrieb unterhalb der Referentenebenen der Grundsatz der Vertraulichkeit weitergelten. Von Bewerbern um derartige Ämter kann sicher nicht erwartet werden, dass sie ihre persönlichen Daten umfänglich öffentlich bekanntmachen.

Insoweit stellt die angeregte Änderung jedoch klar, dass im Einklang mit der Bayerischen Gemeindeordnung die eigentlichen Personalangelegenheiten nichtöffentlich bleiben und lediglich die Referentenvorstellungen zukünftig öffentlich stattfinden.

Thomas Hummel
ehrenamtlicher Stadtrat